

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Tagesordnungspunkt

☒ öffentlich
☐ nicht öffentlich

--

Datum: 08.11.2018

Änderungsantrag

Drucksache Nr.

DS 1470/2018

Antragsteller Karsten Jagau - Aktion
Stadt und Kulturschutz

Bearbeiter:
Telefon:

Beratung und Beschlussfassung im

Fachausschuss für

- | | | |
|---|---|---|
| ☐ Finanzen | ☐ Hauptausschuss | ☒ Stadtvertretung |
| ☐ Rechnungsprüfung | | |
| ☐ Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung | | |
| ☐ Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften | | |
| ☐ Bildung, Sport und Soziales | | |
| ☐ Kultur, Gesundheit und Bürgerservice | | |
| ☐ Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr | | |
| ☐ Jugendhilfeausschuss | | |
| ☐ | | |

Beschluss am:

Betreff

Regelung für die Pausenzeiten bei der Straßenmusik vereinfachen

Beschlussvorschlag

„Die Landeshauptstadt Schwerin wird den StraßenmusikerInnen einmal im Quartal die Möglichkeit eines „Runden Tisch“, einer Versammlung der Schweriner Straßenmusiker, Mitarbeiter der Verwaltung, interessierter Anwohner und Gewerbetreibenden im Stadthaus ermöglichen. Auf dieser Versammlung werden eventuelle Probleme offen angesprochen und die aktuellen Problemlagen diskutiert. Zu der Veranstaltung wird öffentlich eingeladen.“

Begründung

Schwerin ist in Sachen Kultur, dank Landesmuseum, Staatstheater und Schloss der »Leuchtturm der Kultur« und bezeichnet sich als »Kulturstadt«. Zu Recht. Doch sobald die urbanste, kleinste, einfachste Kulturform einige Anwohner ärgert, soll sie stark reglementiert werden. 30 Minuten spielen, dann 30 Minuten Pause, dann 200 Meter weiter erneut spielen. Das ist der aktuelle Plan der Stadtpolitik.

Das ist nicht notwendig. Die aktuellen Entwicklungen haben die Szene zusammengeschweißt und für eine Strukturierung gesorgt.

Nach Rücksprache mit Musikern und Kulturschaffenden in den vergangenen Tagen, ergab sich der Wunsch, dass von einer Verschärfung der bestehenden Reglementierung, einer Verengung der Spielzeiten, vorerst gänzlich Abstand genommen werden sollte. Es hat sich in den vergangenen Tagen und Wochen gezeigt, dass Alternativen möglich sind. Die Situation und auch die Störungen sind seit ein paar Tagen deutlich zurückgegangen. Im Rahmen einer Veranstaltung im Jugendhaus Dr. K. am 27. Oktober 2018 traf sich ein Großteil der Straßenmusiker. Auf dieser Veranstaltung kamen die Musiker untereinander ins Gespräch und stellten sich selbst einer Analyse der Situation, einer Aussprache und einer gegenseitigen Kontrolle.

Deswegen wird von unserer Seite obiger Beschlussvorschlag als Ersetzung angeregt.

Im Sinne einer Kommunikation und Kooperation statt Unmut verbreitender Reglementierung, soll ein Gremium erschaffen werden, in dem sich durch offenen, regelmäßigen Dialog in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung die Problemlagen und Wünsche begegnen und gemeinsam auf sofortige Lösungssuche gegangen wird. Nach ca. einem Jahr soll die Entwicklung evaluiert, ausgewertet werden.

Im Sinne eines würdevollen und demokratischen Miteinanders, könnte dieser alternative Ansatz Unmut und Unbehagen gegenüber einer starken Reglementierung, dank Unterstützung der Stadtverwaltung, vorbeugt werden. Dies würde eine deutliche Vertrauensbotschaft an die Musiker-Szene senden. Die Straßenmusik-Szene ist sich bewusst, dass es einer Rücksichtnahme bedarf – und durch den Vorgesprochenen »Runden Tisch« der einmal im Quartal stattfinden kann, mit Verwaltung und Anwohnern, wird mehr Akzeptanz, mehr Vertrauen und mehr Kultur eintreten. Davon sind wir von der ASK überzeugt. Eine Radikalisierung und Verschärfung der Spielzeiten wird genau das Gegenteil bringen. Unmut, Spaltung und Kulturverlust.

Sollte nach dem »Probejahr« der Kommunikation und des regelmäßigen Dialogs mit Beteiligung und Moderation durch die Verwaltung wider erwarten keine Verbesserung eintreten, müssten die ursprünglichen Reglementierungen erneut zur Debatte gestellt werden. Dies ist auch den Straßenmusikern klar.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Entsprechende Fördermittel zur Vermittlung von Bildung sind auszumachen und einzuwerben.

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle: